

# Boitzenburger Landbote

Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselshütt  
für das Boitzenburger Land und Umgebung



Ausgabe Nr. 6

Mai 2021

## 280 Hektar Solaranlage bei Kuhz – Die Bürger wollen Mitreden!

Den Boitzenburger Landboten erreichten einige Zuschriften, die sich mit Verlauf und Inhalt der Gemeindevertretersitzung am 31. März in Boitzenburg beschäftigen, die zum Teil auch an Bürgermeister Zimmermann und die Gemeindevertreter gingen. Hier eine Auswahl.

**Dirk Reichstein, Kuhz:**

Hallo, Herr Zimmermann!

Vielleicht benötigen Sie meine Rückmeldung nicht? In unserem ausführlichen Gespräch wurde mir leider einiges klar, warum hier die Dinge so laufen – wie sie laufen.

Die Gemeindevertretersitzung am 31.3. war tatsächlich eine beschämende Veranstaltung! Unser wichtigstes Signal sollte sein, dass tatsächlich eine deutliche Mehrheit der Bürger die geplante Groß-PV-Freiflächenanlage in dieser Weise ablehnen. Selbst für Nicht-Coronazeiten sind sehr viele in der Turnhalle der Boitzenburger Schule anwesend gewesen. Der Grund hierfür ist Ihnen wohl nicht verborgen geblieben.

Nachdem aus organisatorischen Gründen (Fehler der Verwaltung – Turnhalle war nicht vorbereitet worden) die Veranstaltung erst ca. 30 Minuten später anfangen konnte, wurde dann noch die Zeit knapp?!

Die Einwohnerfragestunde zum Anfang der GVS war bisher die einzige öffentliche Möglichkeit, nach den schriftlichen Einwendungen zum Bebauungsplan zu den Groß-PV-Freiflächenanlagen auf Ackerflächen, sich als Bürger zu äußern. Es wurde überdeutlich, dass dies aber in keiner Weise von der Gemeindevertreterrunde (Herr Ebel), sowie von Ihnen gewünscht, akzeptiert oder wenigstens geachtet wurde. Stattdessen erlebten wir eine GV-Sitzung, welche von Ignoranz und Missachtung gegenüber den Bürgern aber auch der Fraktionen/Gemeindevertreter und Ihnen untereinander gekennzeichnet war.

Auf diese Art von Gemeindevertretersitzung kann wohl jeder gerne verzichten! Diese „Von-Oben-Herab“-Politik wird auch in Zukunft die Bürgerbeteiligung auf ein Mindestmaß schrumpfen. Der Eindruck macht sich breit, dass genau dies der Plan ist? (...) Ich denke, Sie sollten dringend noch einmal überlegen, ob Sie unser Bürgermeister sein wollen? (Einer der für die Bürger da ist). Vielleicht interessiert Sie nicht, wie die Bürger so denken?

**Leonard Reichstein (9 Jahre), 1.4.2021:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich war bei der letzten Gemeindevertretersitzung in Boitzenburg dabei. Ich war sehr enttäuscht, weil Herr Ebel nicht freundlich war. Er hat gebrüllt, dass Jens Kohlschmidt leise sein soll, und er hat meinen Papa unterbrochen, als er geredet hat. Deswegen waren ja so viele Leute gekommen!

Sie haben da ganz oft mit ihrem Kopf geschüttelt, so dass die anderen denken, dass das falsch ist. Wenn sie gesprochen haben, konnte man sie sehr schlecht verstehen. Haben sie das extra so gemacht?



(Foto: Ute Rott)

*Ich würde einige von den Gemeindevertretern disqualifizieren, weil zum Beispiel der eine guckt sehr viel auf sein Handy, oder es gibt einen der trinkt Fanta, und es gibt mehrere, die hörten, glaube ich, gar nicht zu. Und viele wissen gar nicht was sie tun sollen und dann entscheiden sie sich für irgend was.*

**Jutta Gerson, Berlin, 01.04.2021:**

*Hier meine Eindrücke von der gestrigen Gemeindevertreterversammlung:*

*In der Debatte um die PV-Anlage hatte ich von Beginn an den Eindruck, dass jedwede Bürgerbeteiligung verhindert werden soll und dass es einzig und allein um die Interessen des Investors geht. Information der Bürger und gar Mitbestimmung sind nicht gewünscht. Folgende Punkte brachten das deutlich zum Ausdruck:*

*Ablehnung des Antrages zu einer Anhörung von Investor und seinem Planungsbüro, Gemeindevertretern, Spezialisten für PV-Anlagen und Bürgern der Gemeinden über das Für und Wider einer solch großen Anlage wegen Formfehlern im Antrag (Fehlen von Datum, Name und Unterschrift). Auf Grund großen Protestes wurde dann aber darüber gesprochen.*

*Dennoch hat der Moderator der Veranstaltung Herr Ebel (Vorsitzender der Gemeindevertreter) den Antrag abgelehnt, weil es bereits geplante Termine (29. und 30. April) gäbe, an denen die Bürger in Einzelgesprächen mit dem Investor Herrn Twietmeyer sprechen könnten und ihre Bedenken zum Ausdruck bringen könnten. An diesen Terminen soll auch über die schriftlich eingegangenen Einwendungen geredet werden.*

*Der Bürgermeister Herr Zimmermann nannte mehrere Gründe für seine Bedenken zu dem Antrag der Anhörung.*

*So äußerte er z.B. warum Gemeindevertreter eine solche Anhörung organisieren und noch dazu die erforderlichen Spezialisten einladen sollten. Er hatte auch große Bedenken, eine solche Veranstaltung in Coronazeiten durchzuführen und erwähnte in diesem Zusammenhang das Ordnungsamt, so dass seine Äußerungen fast wie eine Drohung klangen.*

*In der Abstimmung über diesen Antrag hat dann die Mehrheit der Gemeindevertreter gegen den Antrag gestimmt. Für mich sah das aus, wie vorher so beschlossen.*

*Insgesamt fand ich die Veranstaltung zum Thema PV-Anlage ziemlich ernüchternd. Gewählte Volksvertreter ignorieren die Interessen ihrer Wähler und vertreten stattdessen die Interessen von Investoren, die sich auf Kosten von Mensch und Natur bereichern wollen. Den Investoren wird leichtes Spiel gemacht, indem die Bürger vor Ort nicht informiert werden über geplante Vorhaben dieses Ausmaßes, sogar Informationen verhindert werden, wenn der dringende Wunsch geäußert wird.*

*Einzelgespräche mit dem Investor über Für und Wider dieser Anlage halte ich für vollkommen ungeeignet für eine umfassende Information. Das ist eher ein Instrument die Menschen zu desinformieren oder gar einzuschüchtern und gleichzeitig dem Vorhaben aber einen demokratischen Anstrich zu geben. Es ist eine Verhöhnung von Bürgerinteressen. Ich bin auch der Meinung, dass die Pandemie bewusst ausgenutzt wird, um hinter dem Rücken der Bürger schnell Entscheidungen zu Gunsten des Investors zu treffen. Das kam auch deutlich in der Versammlung zum Ausdruck.*

*Eigentlich wollten wir nach 40 Jahren DDR Demokratie. Ist das Demokratie? Für mich nicht!*

## Impressum

BI Eselshütt - gegen industrielle Tierhaltung und für eine intakte Umwelt!  
Umweltthemen um Templin und im Boitzenburger Land (Uckermark).

V.i.S.d.P.: Ernst Wagner-Rott, Metzelthin 22, 17268 Templin  
www.bi-eselshuett.de  
www.facebook.com/BIeselshuett  
info@bi-eselshuett.de

Der Boitzenburger Landbote finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Wer uns finanziell unterstützen möchte, hier ist unser Spendenkonto:

BUND Brandenburg  
IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00  
BIC GENODEM1GLS

oder über den direkten Link zu unserer Seite bei Betterplace:  
[www.betterplace.org/de/projects/54469](http://www.betterplace.org/de/projects/54469)

Layout Typograf Sonnenstatter, Hausham

Der Druck erfolgt über die Druckerei Nauendorf in Angermünde auf Recyclingpapier und mit mineralölfreien Farben: 80 g Circle Volume White, matt gestr., 100%-Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel, FSC-zertifiziert, EU-Ecolabel mit 1,1-fachem Volumen, hochopak, (Papier von LEIPA aus Schwedt/Oder)

# Bürgerbegehren

## zur 280-Hektar-Photovoltaikanlage bei Kuhz

Den Gemeindevertreterinnen und -vertretern wurde bei ihrer Sitzung am 31.3.2021 folgendes unterbreitet:

Boitzenburg, 31.3.2021

Sehr geehrte Gemeindevertreter\*innen, geehrter Herr Bürgermeister,

wie sicher schon einigen zu Ohren gekommen ist, haben wir eine Unterschriftensammlung im Gebiet um Wichmannsdorf/Kuhz und Hassleben initiiert, als deutliches Votum der Einwohner unserer Region zum Thema Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen – also im Besonderen dem geplanten Megaprojekt von Herrn Twietmeyer und auch anderer potentieller Investoren darzustellen. Einige Gemeindevertreter und Ortsvorstände beklagen natürlich mit Recht die geringe Bürgerbeteiligung bei Ortsbeiratssitzungen und Gemeindevertretersitzungen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand und spiegeln ein gesellschaftliches Problem wider: Steigende Politikverdrossenheit und Gutgläubigkeit der Menschen. Eine zum Glück wachsende Anzahl der Bürger aber erkennt oder versteht die aktuelle Tagespolitik – lehnt sich gegen Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit auf.

Herr Twietmeyer, welcher eigentlich als Bauer Landwirtschaft betreiben sollte, will nun plötzlich und unerwartet einen Großteil seiner Felder in Industrieanlagen umwandeln, um einzig und allein mehr Profit aus der Fläche zu schlagen – um wie er sagt, ein zweites Standbein aufzubauen. Leider ist er nicht allein mit seinem Investmentanliegen. Es sollen große Flächen der Pflanzenproduktion, also der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln für Jahrzehnte umgewandelt werden! In einem ausführlichen Gespräch mit unserem Bürgermeister konnte ich feststellen, dass hier einiges schief läuft. Einige merken leider nicht, wie sie von einem Großinvestor, wohlgerichtet einseitig, beeinflusst und willfährig ausgenutzt werden. Wir sind der Ansicht, dass eine deutliche Lobbyarbeit an den hier angesprochenen Gemeindevertretern und dem Bürgermeister zugunsten des Investors bereits Wirkung gezeigt hat.

Eine Unterschriftensammlung sind ja nicht nur Unterschriften auf einem Blatt Papier, sondern vielmehr ein Zeichen dafür, dass die Bürger „wach“ werden und anfangen sich zur Wehr zu setzen.

Die Unterschriftensammlung haben wir überschrieben mit:

**PV-Anlage auf Ackerfläche stoppen. Die Bürger der Ortschaften Wichmannsdorf, Kuhz und Haßleben fordern den Bürgermeister auf, das Großprojekt PV-Anlagen auf Ackerland auf 286 Hektar abzulehnen. Wir fordern grundsätzlich eine rechtzeitige, volksnah-verständliche Bürgerinformation vor Aufstellungsbeschluss bei der**

**artigen weitreichenden Entscheidungen einzuholen. Bürgerbeteiligung sieht anders aus!**

Das bedeutet nicht, dass die Bürger gegen Solarstrom sind. Das bedeutet, dass differenziert werden muss, ob und wie groß der Raubbau an wertvollem Ackerland stattfinden darf. Das bedeutet, dass die Bürger verstehen möchten, um sich eine Meinung bilden zu können, welches auch im Besonderen auf die Gemeindevertreter zutrifft, so, wie sich auch schon selbstkritisch zu diesem Thema geäußert haben. Wir schlagen hierzu vor, dass es zu einem solch weitreichenden Projekt eine Anhörung (mit entsprechender Ausgewogenheit von Pro und Contra) verpflichtend geben muss. Hierzu müssten die Gemeindevertreter unseren Bürgermeister beauftragen.

Zu den Zahlen unseres Bürgerbegehrens: Einige haben sich in ihrer Freizeit aufgemacht, mit den von uns erstellten Listen von Tür zu Tür zu gehen. Es ist nicht leicht, da hier deutlich wurde, wieviel Informationsbedarf bei den Bürgern besteht.

**Insgesamt haben wir 411 Unterschriften gesammelt.**

Dies entspricht ca. 56 % der Einwohner/Hausbesitzer und ihrem Umfeld. Einige haben nicht unterschrieben, da sie Bedenken hatten, dass ihnen daraus Nachteile erwachsen könnten. Dieser Umstand hat uns (auch aus Datenschutzgründen) dazu veranlasst, die Listen nicht herauszugeben, sondern natürlich zur Einsicht dem Bürgermeister, selbstverständlich unter Aufsicht der Initiatoren, vorzuhalten. Wir haben natürlich längst nicht alle Bürger angetroffen und können behaupten, dass ca.  $\frac{3}{4}$  der Bürger dieses Bürgerbegehren unterschreiben würden.

Der Bürgermeister hält es leider auch nicht für nötig, weil nicht vorgeschrieben, den Einsendern der Bürgereingaben zum Vorentwurf des PV-Großprojektes wenigstens eine Empfangsbestätigung zukommen zu lassen. Wir sind der Meinung, dass genau dieses „Nicht-Handeln“ das Vertrauen der Bürger belastet und für Frust, Wut und Verunsicherung sorgt sowie Angst aufkommen lässt. Wir sollten doch dringend aus den Erfahrungen der letzten Jahre lernen. Die Bürgerinitiativen hier sind wehrhaft und nicht zu ignorieren.

Die Corona-Krise ist ein Hemmnis für alle Bürgeraktivitäten und dem ist gerade jetzt Rechnung zu tragen. Also jetzt keine voreiligen Entscheidungen (ringsherum ist man offenbar klüger – solche Entscheidungen nicht leichtfertig unter Zeitdruck herbeizuführen)!

PV-Anlagen auf Ackerflächen stoppen – Bürgerbeteiligung sieht anders aus!!!

*Initiatoren:*

*Dirk Reichstein, Kuhz, und Jürgen Stoß, Wichmannsdorf*

# Was ist dran am Insektenschutz-Gesetz?

*Diesen Artikel entnehmen wir dem Newsletter des Umweltinstituts München. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung. BI Eselshütt*

(14.04.2021) Im Februar 2021 verkündete die Bundesregierung, den Vorschlag für das lange diskutierte, sogenannte „Insektenschutzgesetz“ endlich auf den Weg gebracht zu haben. Das Landwirtschafts- und das Umweltministerium feierten dies gleichermaßen als großen Erfolg. Von einem Glyphosat-Verbot war die Rede, internationale Medien berichteten von einem einmaligen Vorstoß Deutschlands für mehr Insektenschutz. Doch die Beschlüsse fallen im Detail weitaus weniger vielversprechend aus.

## Kein eigenständiges Gesetz

Zuerst handelt es sich nicht um ein „Gesetz“ im eigentlichen Sinne. Denn anders als es die Kommunikation der Bundesregierung darstellt, wurde kein neues Gesetz zum Insektenschutz vorgelegt. Es wurden stattdessen Änderungen in der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und im Bundesnaturschutzgesetz vorgenommen, die dem Schutz von Insekten dienen sollen. Diese Änderungen wurden im Februar im Bundeskabinett beschlossen, aber noch nicht endgültig verabschiedet. Als Teil dieser Änderungen soll die Anwendung von Glyphosat für die landwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt sowie für den Privatgebrauch und den Einsatz auf öffentlichen Flächen verboten werden. Ab 2024 soll die Anwendung von Glyphosat vollständig beendet sein.

## Das „sofortige“ Glyphosat-Verbot in Haus- und Kleingärten ist gar kein Verbot

Das Landwirtschaftsministerium (BMEL) selbst bezeichnete die Änderungen bezüglich des Glyphosat-Einsatzes für private Anwender:innen in einer Pressemitteilung als „Verbot“. Tatsächlich wird der Einsatz von Glyphosat in Haus- und Kleingärten und auf öffentlichen Plätzen mit Inkrafttreten der abgeänderten Verordnung jedoch nicht grundsätzlich verboten. **Vielmehr bleiben die glyphosathaltigen Mittel, die schon vorher für diese Bereiche zugelassen waren, auch weiterhin für diese Anwendungen erlaubt.** Derzeit sind über 40 verschiedene glyphosathaltige Mittel zugelassen, die somit auch weiterhin auf privaten und öffentlichen Flächen eingesetzt werden dürfen. Von einem Verbot kann also keine Rede sein.

## Warum ist auch das Glyphosat-Verbot in Deutschland ab 2024 kein Verbot?

Ebenso wenig ist das voraussichtliche Ende der Nutzung von Glyphosat in Deutschland ab 2024 Ergebnis eines neuen „Verbots“. Vielmehr läuft die derzeitige Zulassung des Wirkstoffs auf EU-Ebene im Dezember 2022 aus. Durch sogenannte Abverkaufs- und Aufbrauchfristen wird das

Totalherbizid aber erst 2024 endgültig vom Markt verschwunden sein – vorausgesetzt, es wird auf EU-Ebene nicht wieder genehmigt. Das Verfahren für eine weitere Zulassung auf EU-Ebene läuft bereits.

Es handelt sich also auch hierbei nicht um ein Verbot, sondern um ein reguläres Auslaufen der derzeit gültigen Glyphosat-Zulassung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings noch völlig offen, ob Glyphosat nicht doch über 2022 hinaus weiter zugelassen werden wird. Sollte dies geschehen, so wird es wohl auch Deutschland keinen Glyphosat-Ausstieg geben.

## Tropfen auf den heißen Stein

Die unter dem Begriff „Insektenschutzgesetz“ laufenden Änderungen können nur als ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung gesehen werden. Um eine tatsächliche Trendwende beim Artensterben einzuleiten, werden die nun vorgesehenen Änderungen nicht ausreichen. Auf einem viel zu großen Teil der Fläche wird weiter so gewirtschaftet wie bisher. Selbst Pestizide, die als besonders bienengefährlich gelten und die mittlerweile EU-weit verboten wurden (einige Neonicotinoide) kommen in den Mitgliedstaaten durch sogenannte Notfallzulassungen wieder zum Einsatz – auch in Deutschland. Um unsere Artenvielfalt und die Insektenwelt zu schützen ist es unabdingbar, dass wir die Art und Weise, auf die auf dem größten Teil der genutzten Fläche Landwirtschaft betrieben wird, grundsätzlich ändern. Der Beginn aus dem Ausstieg des Pestizid-Einsatzes und eine stärkere Förderung des Öko-Landbaus sind längst überfällig. Keinesfalls dürfen die geplanten Gesetzesänderungen jetzt auch noch weiter verwässert werden, wie es von manchen Landwirtschaftsverbänden und Unionspolitiker:innen gefordert wird.



Tagpfauenauge (Foto: pixabay)

# Das Verschwinden der Hecken vor unseren Augen in Zeiten der Pandemie

Pandemien ziehen alle Aufmerksamkeit auf sich. Es geht womöglich ums eigene Überleben. Alle anderen Themen des Weltgeschehens kommen erst weit danach. Wie weit nach hinten rutschen Themen des Naturschutzes? Ganz weit... Wir wollen es am Beispiel der Heckenpflege in der Uckermark belegen.

Die letzten Wintermonate werden alljährlich genutzt, um in Feld und Wiese, aber auch entlang unserer Straßen, die übrig gebliebenen Feld- und Straßenhecken zu pflegen, Ordnung zu schaffen. Da wird dann richtig schön gerade entlanggefluchtet, dass auch kein vorwitziger junger Trieb stehenbleibe. Meterweit vom Straßenrand zurückgedrängt bleiben die Heckenreste stehen – wenn sie Glück haben. Wenn nicht, ist alles weg.



Abzweig Jakobshagen nach Stabeshöhe (Foto: D. Friedrich)

## Vom Nutzen der Hecken

Die Vorteile einer Heckenbegleitung entlang der Straßen sind ja allen bekannt, aber ich möchte noch einmal auf die Kernpunkte aufmerksam machen. Hecken sind windbrechend, und das ist in der überaus windigen Uckermark von großem Nutzen. Sie bieten Schatten, spenden Feuchtigkeit durch die Verdunstung der Blätter. Dass sie Lebensräume für kleine Säugetiere, Reptilien und Amphibien sind, ist weithin bekannt. Auch bestimmte Vogelarten nutzen den Schutz von Hecken, um sich zu verbergen oder Angreifern zu entkommen. Hecken sind hochnotwendige Stätten für Kleinvögel, die Brutplätze suchen – sie werden in einer industriell bewirtschafteten Agrarsteppe immer rarer.

Hecken sind zudem Wegweiser und Leitstrukturen in der Landschaft insbesondere für Fledermäuse, die sich ohne solche Strukturen nicht gut zurechtfinden.

Hecken sind nicht alle gleich, es gibt Strauch- und Baumhecken, in letztere werden Bäume gepflanzt, die ebenfalls von großem Wert für die tierischen Nutzer sind: als An-

sitzwarte, Versteck oder Nistplatz. Ebenso wichtig ist die notwendige Mindestbreite einer Hecke, damit sie ihre Wohltaten auch entfalten kann. Wenn nur noch ein Meter Breite übrig ist, kann sie es nicht. Mitunter werden für viel Geld neue Hecken angelegt und mit Zäunen geschützt, damit sie nicht gleich wieder dem Äser des Wildes oder den Feldtechnik zum Opfer fallen. Sie haben eine Breite zwischen drei und fünf Metern.

Und nicht zuletzt sind Hecken, insbesondere die in der Agrarlandschaft, noch etwas: Ein Kulturgut in einer alten Kulturlandschaft.

## Vom Umgang mit einem Kulturgut

Selbst wenn zuständige Ämter in Kreis- oder Amts- oder Stadtverwaltungen mit dem Naturschutz weniger zu tun haben – Verantwortung für den Erhalt unserer Kulturlandschaft tragen auch sie.

Daran, dass diese verantwortungsvoll wahrgenommen wird, drängt sich allerdings starker Zweifel auf, wenn der Umgang mit diesem Kulturgut einmal unter die Lupe genommen wird. Von Jahr zu Jahr reduziert sich die Kilometerlänge unserer Hecken, sie werden komplett entfernt oder derart unfachgemäß versäbelt, dass sie kein langes Leben mehr haben. Es werden im Übrigen nicht nur schöne lange Heckenreihen misshandelt durch rohen, zu globalen Schnitt, sondern auch übrig gebliebene Sträucher, die noch lückenhaft das frühere Dasein von Hecken bezeugen. Sie werden inzwischen gänzlich entfernt. Die Begründung der Ausführenden – wenn man sie denn mal zu sprechen kriegt – lautet immer: „Verkehrssicherung, ist nötig für Ihre Sicherheit!“ oder einfach: „Da haben wir ´ne Sondergenehmigung für, das dürfen wir.“

Davor steht der Bürger rat- und machtlos. Wie aber ist es dazu gekommen, dass heutige Ämter und Beauftragte so wenig Sorgfalt in die Pflege des Gutes Hecke setzen? Die Vermutung liegt nahe, dass die Handelnden, die mit ausnehmend viel Technik, Maschinenkraft und Krach auf die Sträucher losgehen, nicht wirklich wissen, was sie da tun, was sie der Landschaft antun.

Wer klärt sie auf, bildet sie weiter, berichtet ihnen, was Hecken für die Landschaft, auch für unser eigenes Wohl eigentlich bedeuten? Welche Historie hinter diesen Strukturen steht, die heute „Biotopverbundlinie“ heißt und auch harmonisches Landschaftselement heißen könnte. Fehlt es am Geld für fachkundige Ausbilder? Kennen die Arbeiter eigentlich den Namen der Gewächse, die sie da wegsägen? Kennen sie ihre Eigenschaften und können beurteilen, was man begünstigen, was man eher zurückdrängen sollte? Für die teuren Maschinen reicht das Geld immer, für Fachwissen nicht.

## Weniger Maschine, mehr Mensch

Das wäre schon mal ein wichtiger Hinweis zur Heckenpflege: weniger Maschine, mehr Mensch. Es gehört viel Handarbeit und Hingucken zu guter Pflege, was man da abschneiden will und sollte, und was erhalten werden muss für guten Wuchs. Was die Bürger aber sehen, sind die Maschinen, die ohne hinzusehen schöne lange, gerade Schnitte setzen, jedes Zweiglein, was übersteht, ist hinterher ab.

Zu diesen Feststellungen sollen hier einige konkrete Fakten und Beispiele, gesehen in der Uckermark, geliefert werden:

Zu Beginn dieses Jahres 2021 sind viele Hecken am Straßenrand im Boitzenburger Land dem Kahlschlag teilweise oder ganz zum Opfer gefallen. Die Böschungen am Straßenrand zwischen Jakobshagen und Klausshagen werden jedes Jahr mehr von Hecken befreit; genauso von Jakobshagen in Richtung Klosterwalde oder Jakobshagen Richtung Egarsee.

Nach Klosterwalde in Richtung Templin sind zu Beginn dieses Jahres erstmalig die Hecken ganz verschwunden.

Weitere Beispiele: Zwischen Templin und Zehdenick - außer zwischen Hindenburg und Hammelspring - hat sich das angrenzende Straßenbild absolut verändert, die letzten Hecken sind fast alle weggeschnitten worden. Die Hecken am Straßenrand von Liebenwalde in Richtung Nassenheide über Freienhagen sind nun durch den Einsatz der entsprechenden Gerätschaften ganz verschwunden. Es wäre hilfreich, von den Zuständigen die Erklärung für solche Kahlschläge zu hören: Warum wird so vorgegangen? Gibt es stichhaltige Begründungen?

Literaturempfehlung für die Qualifizierung der Landschaftspfleger:

KURZ/MACHATSCHEK/IGLHAUSER;  
Hecken, Geschichte und Ökologie;  
Anlage, Erhaltung & Nutzung,  
Lepold Stocker Verlag, Graz, Stuttgart, 2001

*Beate Blahy/Doris Friedrich*

# (Fast) Alles beim Alten

## Die Umsetzung der EU-Agrarreform für die BRD

Ende März haben sich Vertreter von Bund und Ländern auf die Ausgestaltung der EU-Agrarreform geeinigt. Die zentrale Frage war: Wie werden die sechs Milliarden Euro EU-Agrarsubventionen unter den deutschen Landwirten verteilt. Die Subventionen werden in zwei Säulen gewährt. Die erste Säule sind die Direktzahlungen an die Bauern, deren Höhe von der bewirtschafteten Fläche abhängt, unabhängig davon, wie diese bewirtschaftet wird. Bislang haben diese Direktzahlungen einen Anteil von ca. 70 % an den gesamten Subventionen. Über die zweite Säule werden bestimmte Umweltschutzmaßnahmen gefördert.

Mit den aktuellen Beschlüssen wird dieses System nur leicht modifiziert: 10 % der Direktzahlungen sollen ab 2023 in den zweiten Topf fließen, ab 2026 15 %. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte zuvor gerade mal 8 % vorgeschlagen. Parallel zu dieser bescheidenen Umschichtung soll ein Viertel der Direktzahlungen an Umweltauflagen geknüpft werden.

### Ökologische Neuausrichtung? Fehlanzeige!

Umweltverbände hatten im Vorfeld eine komplette Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Förderpolitik gefordert. So hatte sich Greenpeace dafür stark gemacht, dass die Direktzahlungen in den nächsten Jahren völlig wegfallen und stattdessen schrittweise durch eine Förderung, die sich an ökologischen Kriterien orientiert, ersetzt werden.

### „Zukunftskommission Landwirtschaft“ - Einen Maulkorb wenn es ums Geld geht

Wie die EU-Milliarden verteilt werden, ist die wichtigste Weichenstellung für die Agrarpolitik in diesem Jahrzehnt.

Doch ausgerechnet in dieser zentralen Frage durfte die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ nicht mitreden. Diese Kommission entstand im Rahmen eines Agrardialogs mit Vertretern der Agrarwirtschaft, der Bundeskanzlerin Merkel und der Landwirtschaftsministerin Klöckner. In diese Kommission waren auch sieben Vertreter von Umweltorganisationen berufen worden. Die Kommission sollte Empfehlungen für eine nachhaltige Landwirtschaft erarbeiten, die zudem wirtschaftliche und gesellschaftliche Akzeptanz besitzen.

In dieser „Zukunftskommission Landwirtschaft“ wurde zusammen mit Vertretern der Landwirtschaft, Umweltschützern, Wissenschaftlern, mit Wirtschaft, Einzelhandel und Verbrauchern ein Kompromiss zum Ausstieg aus den Direktzahlungen erarbeitet. Dieser Kompromiss sei vom Deutschen Bauernverband und Vertretern der Agrarindustrie einseitig aufgekündigt worden, so Greenpeace-Vorstand Martin Kaiser, der aus Protest die Kommission verlies.

### Arbeitnehmerrechte ebenfalls kein Thema

Die soziale Frage kommt in den aktuellen Beschlüssen genauso zu kurz wie die ökologische Ausrichtung. Harald Schramm, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft IG BAU: „Die bundesweit rund 660 000 Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeiten zu teils extrem niedrigen Löhnen.“ Saisonarbeitern bleibe in der Ernte häufig sogar die Krankenversicherung verwehrt. Die Vergabe der EU-Mittel müsse mit der Einhaltung von Tarifverträgen verknüpft werden.

*Ernst Wagner-Rott*

# Förderdschungel Landwirtschaft Teil II

## Die investive Förderung

**Im Interview: Beate Hallau, Dipl. Agraringenieurin. Sie führt seit 19 Jahren in Bernau ein landwirtschaftliches Ingenieurbüro; eine Unternehmensberatung für konventionelle und Öko Betriebe.**

Die Landwirtschaft prägt das Boitzenburger Land. Entscheidungen, die in diesem Sektor gefällt werden, betreffen alle hier Ansässigen, Wochenendler und Gäste. Sei es der Einsatz von Pestiziden, der Anbau weniger Arten, die industrielle Massentierhaltung, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Oberflächenversiegelung in Sachen Photovoltaik. Wichtig ist, zu wissen, vor welchem Hintergrund was geschieht und wer profitiert.

*Zusätzlich sehr empfehlenswert: das Webinar zum Thema: [www.edudip.market/w/386030](http://www.edudip.market/w/386030)*

*Sie können sich die Datei auch gegen eine Spende von 10 € über die Webseite der BI zusenden lassen. [www.BI-Eselshütt.de](http://www.BI-Eselshütt.de)*

Im ersten Teil des Interviews in der letzten Ausgabe des Landboten standen die flächengebundenen Direktzahlungen im Focus. Das Kritische daran ist hier noch einmal zusammengefasst: Einerseits sind es Basisprämien, die im Verhältnis zur Größe der bewirtschafteten Fläche ausgeschüttet werden. Das führt dazu, dass 80 % der Förderung an 20 % der Antragsteller gehen. So kann die strittige industrielle Landwirtschaft mit den größten Flächen die meiste Förderung beanspruchen. Die andere Seite der Direktzahlungen ist an selbstverpflichtende ökologisch orientierte Auflagen gebunden. Diese Selbstverpflichtung - kontrolliert bis ins Detail - kommt fast nur im Biolandbau zum Tragen. Die im konventionellen Landbau geförderten „Greening-Konzepte“, die zur ökologischen Vielfalt beitragen sollen, liegen mit geförderten sieben Prozent des Ackerlandes im Bereich der Makulatur. Zudem sind die Landwirte gezwungen, die Acker-Flächen, die sie zur geförderten Bodenverbesserung als Grünland oder Weideland ansäen oder als Brache ausweisen, nach fünf Jahren umzupflügen. Sonst verlieren sie den Status Ackerland, der eine höhere Wertigkeit besitzt. Und das, obwohl erst dann die Grasnarbe sinnvolle Dienste leistet. Denn erst durch den zusammenhängenden Bewuchs entsteht Lebensraum für die so wichtigen Mikro-Organismen.

In Brandenburg kommt durch die Handelbarkeit von Förderprämien das Problem hinzu, dass Förderungen verkauft, verpachtet und verpfändet werden können. So landet Förderung in ganz anderen Taschen. Außerdem hat sich eingebürgert, den bewirtschaftenden Landwirten die flächengebundene Förderung durch eine überhohe Pacht beim Pachtland zu entziehen.

Aktuelle Meldungen, nach denen angeblich 25 Prozent der EU-Direktzahlungen in Zukunft an ökologischen Maßnahmen gebunden werden, sind noch keine verbindliche Förder-Richtlinie. Es liegt kein Gesetzestext vor. Zudem soll bei nach wie vor möglichen „Anpassungen“ erst 2023 eine verbindliche neue Regelung in Kraft treten.

*Frau Hallau, wie sieht es nun mit der „investiven Förderung“ aus, erhalten Landwirte Gelder für das, worin sie investieren wollen oder nur zweckgebunden?*

Es gibt nur zweckgebundene Fördermittel und die Verwendung sowie die Einhaltung der sogenannten Zweckbindungsfrist werden regelmäßig kontrolliert. In allen Richtlinien ist verankert, dass kein Anspruch auf die Erteilung von Fördermitteln besteht und diese im Falle einer unberechtigten Zahlung mit Zins 10 Jahre lang zurückgefordert werden können. Im Augenblick wird das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) überarbeitet. Im Prinzip im Dez. 2020 ausgelaufen und um zwei Jahre verlängert, kommen danach Neuerungen. Im Mittelpunkt stehen Pflanzenbau, Tierhaltung, Gartenbau, Bewässerung, Imkerei und Diversifizierung hin zu Tourismus-Projekten, Hofladen und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. (Detailliertes dazu auch im online Webinar, Anm. d. Red.)

*Gibt es spezielle Förderungen in Sachen Tierhaltung?*

Im Bereich Flächenförderung ist nur über das Programm KULAP die Haltung und Züchtung von vom Aussterben bedrohter Haustierrassen förderfähig. Das Programm ist aber seit Jahren geschlossen. Das heißt, hier sind nur Alt-Antragsteller drin. Investitionen für die Tierhaltung sind auch förderfähig. Das beschränkt sich aber häufig auf Um- und Neubauten mit Modernisierung bei gleichem Tierbestand. Eine Umstellung auf das, was als eine tiergerechtere Haltung, wie z.B. Laufstallhaltung, eingestuft ist, wird in Brandenburg mit bis zu 40 Prozent der Investitionen gefördert.

*Wie viele Landwirte stellen aus Ihrer Erfahrung ihre Tierhaltung aufgrund der Förderung um?*

Da passiert im Augenblick etwas. Mir liegen Anträge von fünf Antragstellern vor, die ihre Tierhaltung verbessern wollen, einer will seine Mobilhennenhaltung erweitern. Das ist im Prinzip die normale Erneuerungswelle. Es ist bei manchen Landwirten mal wieder dran, weil die Ställe jetzt überfällig sind. Der Gedanke für die Tiere mehr zu tun, ist allerdings da. Und wenn die finanzielle Situation stimmt, dann machen die Landwirte auch was. Da wird auch viel in Handarbeit in Eigenleistung verbessert. Über

dieses Programm zur tiergerechteren Haltung werden in letzter Zeit eben auch Geflügel-, Rinder- und Pferdehalter mit ihren Mobilställen gefördert. Für die Bewilligung ist allerdings ein sehr zeit- und arbeitsaufwendiges Antrags-prozedere zu überstehen.

*2014 gab es die kleine Anfrage 3608 im Landtag zur Förderung von industriellen Massentierhaltungs-Anlagen durch das Land. Hier wurden zur Modernisierung und Instandhaltung in einem Zeitraum von 5 Jahren ca. 71 Mio. € in einzelnen Zuwendungen von 5.000 € bis 4 Mio. € bewilligt. Fließen diese Summen heute noch genauso oder sind sie an andere Vorgaben gebunden als damals?*

Diese Förderung über die Agrarinvestitionsförderung (AFP) wird weitergeführt. Dieses Förderprogramm steht allen Landwirten zur Verfügung. Kleine Landwirtschaftsbetriebe können diese Förderung aber nur schwer in Anspruch nehmen. Bei einem Mindestinvestitionsvolumen in Höhe von 20.000 € müssen 70 Prozent der Kosten über eigene Mittel oder Kredite bereitgestellt werden.

*Was hat es mit der befremdlichen Berechnung in Groß-Vieheinheiten für Beantragungen von Fördermitteln auf sich?*

Mit dieser Berechnung wird die Einhaltung von Auflagen z. B. aus der Düng-Verordnung nachgewiesen. Die Berechnungen erfolgen nach einem nach Tierarten und -kategorien aufgegliederten Schlüssel für den Jahresdurchschnittsbestand, der auch bei Förderberechnungen zugrunde liegt.

Eine GV ist eine Groß-Vieheinheit mit einer Lebendmasse von 500 Kg. Danach hat ein Kalb 0,4 GV, ein Eber 0,3 GV, ein Mastschwein 0,12 GV, ein Ferkel 0,01 GV, ein Pferd und ein Rind 1 GV. 100 Hühner gelten als 0,8 GV und 320 Legehennen als eine Groß-Vieheinheit. RGV ist eine Präzisierung für „Raufutter fressende Groß-Vieheinheiten“. Und allgemein gilt in der landwirtschaftlichen Förderung, dass ein normaler Landwirtschaftsbetrieb nicht mehr als zwei GV bzw. RGV je ha halten sollte. Wenn es bis zu 2,5 GV bzw. RGV sind, gilt der Betrieb als Intensivbetrieb. Über drei GV bzw. RGV ist es ein flächenarmer Gewerbebetrieb und damit nicht mehr förderfähig.

*Das heißt, um ein Beispiel aus der Region aufzugreifen, eine Bio-Legehennen-Anlage mit 12.000 Tieren, die erst in Boitzenburg, jetzt in Kuhz realisiert werden soll, ist förderfähig? Der Landwirt will dazu 200 Hektar eigener Landfläche auf Öko-Landbau umstellen, um die Fläche mit organischem Dünger zu bewirtschaften. Die Anlage sorgt trotz Bio für Widerstand. Früher durften pro Bio-Stallanlage nur 3000 Hühner gehalten werden?*

Ja, heute dürfen sogenannte Stall-Abteile mit 3000 Hühnern auch in Bio-Betrieben hintereinander gereiht werden. Was dazu führt, dass am Schluss 12.000 Hühner den selben Auslauf nutzen. Der Schadstoff-Eintrag in den Boden ist dann zu hoch. Mal abgesehen von Parasitenlast und keim-

versetzten Aerosolen. Die Tiere bewegen sich nun mal nicht mehr als 200 Meter vom Gebäude weg. Egal wie viel Platz da ist. Trotz Schutzbauten und Sträuchern trauen sich eben nur die selbstmörderischen und die Kamikaze-Hühner weit hinaus zu ihren Jägern. Aber Scherz beiseite. Der Landwirt bekäme gemäß AFP dafür 40 Prozent Förderung. 12.000 Hühner zählen als 168 Rinder. Da auf 200 ha - laut Brandenburger Ökorichtlinie - bis zu 2 Rinder pro Hektar gehalten werden dürfen, kämen hier 0,84 Großvieheinheiten pro Hektar raus. Die Anlage ist im Prinzip förderfähig.

*Gibt es dann Landwirte die ob der Fördergelder quasi alle Betriebsformen am Start haben von Gewerbe bis Bio?*

Die gibt es, ja sicher. Sie haben dann eben mehrere Betriebe.

*Reichen die investiven Förderungen aus, um einen Umbau von konventioneller zu biologischer Landwirtschaft schadlos zu überstehen?*

Nein, es kommt immer wieder vor, dass man von einer Umstellung auf den ökologischen Landbau abraten muss, weil die Investitionskosten für einen kompletten Umbau für den Betrieb nicht tragbar sind.

*Welche Kosten sind das, für die mehr unter die Arme gegriffen werden müsste?*

Das sind auf jeden Fall die Umbaukosten in der Tierhaltung, die den Platzbedarf in der Tierhaltung betreffen. In der Regel spielen auch die Fußbodengestaltung, die Liegeflächen und der Zugang zum Auslauf eine Rolle. Für die artgerechte Haltung bedarf es auch mehr Licht. Die alten Stallgebäude sind zu dunkel.

*Wie ist die Relation von Förderung zu Forderungen, was sagen Ihnen die Landwirte? Was muss er z.B. für den Bau einer 2021 vorgeschriebenen Festmistplatte ausgeben?*

Die Landwirte stöhnen unter den Auflagen, die einen hohen bürokratischen Aufwand und regelmäßige Kontrollen durch die Behörden (die eigentliche Arbeit bleibt in dieser Zeit liegen) bedeuten. Aktuell haben über die sogenannte „Bauernmilliarde“ Investitionen in die Dung-, Gülle- und Jauchelagerung und die exaktere Ausbringungstechnik von Düngemittel und Pestiziden Priorität. Die Bauernmilliarde lief über das „Windhund Prinzip“. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“. Dabei ist merkwürdigerweise bei den Betrieben hier im Osten nichts hängen geblieben. Es sollte am 11. Januar um 12:00 Uhr losgehen. Nach fünf Minuten ist der Server abgestürzt. Um 20:00 meldet das Programm, sie können sich jetzt anmelden. Da war das Geld für die Ausbringungstechnik allerdings schon vergeben. Wie funktioniert sowas? Ab jetzt soll das Losverfahren angewendet werden. Lagerstätten für orga-



nische Dünger werden nur noch bei Neubauten von Ställen gefördert. Für kleine Landwirtschaftsbetriebe kosten die Dunglagerstätten so ab 30.000 €, wenn überdacht ab 55.000 €. Für die Ausbringungstechnik gibt es einen Katalog für förderfähige Maschinen, die angeschafft werden können.

*Förderkataloge für spezielle Pestizid- und Düngerausbringungs-Maschinen nehmen also deutlichen Einfluss auf die Vorgehensweise in der Landwirtschaft?*

Ja.

*Was ist mit Unkrautvernichter-Maschinen, die ohne Ackergifte auskommen oder leichtere bodenschonende Traktoren, bekommen die Landwirte dafür auch Geld?*

Nein.

*Industrielle Landwirtschaft wird für abnehmende Artenvielfalt, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Belastung von Oberflächen- und Grundwasser, klimaschädliche Treibhausgase, Luftverschmutzung und Tierleid verantwortlich gemacht. Diese Probleme auszugleichen soll einen umgedrehten Kostenfaktor in Höhe von 5400 € pro Hektar bei konventionell genutzter landwirtschaftlicher Fläche ausmachen. So die Studie der Boston Consulting Group zur Zukunft der deutschen Landwirtschaft vom Nov. 2019. Inwieweit tritt eine Vergütung von 2000 bis 5000 € pro Hektar bei Bau z.B. einer Photovoltaik-Anlage oder von Windrädern mit der Agrarförderung und dem Dasein als Landwirt in Konkurrenz?*

Diese Studie sehe ich kritisch. Es ist eben so, dass in allen wirtschaftlichen Bereichen nie wirkliche und ehrliche Vollkostenrechnungen gemacht werden und die Landwirte zu wunderbaren Prügelknaben geworden sind. Wenn wir das aber mal tun würden, dann würden viele von den als Heilsbringer beworbenen Energie-Produkten, sich als wirkliche Dreckschleudern darstellen. Bitte rechnet mal nach, wie viel Energie in die Her- und die Aufstellung, regelmäßige Erneuerung z.B. nur eines Windrades geflossen

sind und wie lange es Strom produzieren müsste, um diese Menge zurück zu geben. Ohne Steuergelder geht das wirtschaftlich gar nicht. Mit diesen Photovoltaik-Anlagen und Windrädern ist es so, wie mit dem Bio-Diesel oder Bio-Ethanol. Nur durch staatliche Subventionen bzw. mit dem teuersten Strompreis der Welt sind diese Pachtpreise in Sachen erneuerbarer Energien möglich.

*Müssen Förderungen, wie die aus dem Klimaschutzplan des Bundes in Höhe von 60 Mio. € zur vermehrten Güllevergasung auch in den Wissensstand eines Landwirtes gehören? Ist das Usus, Mittel aus Neben-Töpfen zu beantragen, während eine hohe Zahl an Biogasanlagen Fördergelder über das EEG, das Erneuerbare Energien Gesetz, verlieren werden? Oder betreiben Landwirte gar keine Biogasanlagen, sondern „füttern“ sie nur?*

Leider hat die Politik hier vor Jahrzehnten verpasst regelnd einzugreifen. Der Bau von Biogasanlagen hätte an eine landwirtschaftliche Struktur gekoppelt sein müssen. Eine Bio-Gasanlage müsste der Hofgröße entsprechen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Die Mehrzahl der Biogasanlagen ist aber durch Investoren überdimensioniert worden und wird in Wirklichkeit nicht von Landwirten betrieben. So sind den Landwirten Chancen entzogen worden, sich ihre eigenen Standbeine zu schaffen, um z.B. das Konzept energieautarker Gemeinden zu unterstützen.

*Wie steht es um die Landwirtschaft?*

Viele wollen noch immer Landwirt werden und bleiben. Und am Ende - klar, liegen dem Landwirt ordentliche Böden und gesunde Tiere am Herzen. Es bewegt nach wie vor, gute Lebens- und Futtermittel zu erzeugen. Deshalb müssten sie auch einen realen Preis für ihre Waren erhalten. Das bringen meine Kunden immer wieder zum Ausdruck. Die Landwirtschaft ist aber leider ein Bereich, vielleicht der einzige, in dem der Produzent den Aufkäufer fragen muss, was der ihm wohl zu geben gedenkt. Das ist verrückt.

*Das Gespräch mit Beate Hallau führte Kyra Maralt*



*Tiergerechte Haltung? (Foto: Jan Pfeifer)*

# UMWELTVERGEHEN ...

## Beim Spaziergehen immer den Fotoapparat oder das Mobiltelefon dabei haben!

Wie oft steht einem der Ärger ins Gesicht geschrieben, weil schon wieder z.B. Bauschutt, Asbeststücke oder Abraumschotter, den die Firma hätte entsorgen müssen, in der Landschaft rumliegen. Waldwege sind bei Nutzung nach Regen so tief ausgefahren, dass sie geglättet werden müssen. Hecken sind unqualifiziert nur von vorne statt auch von oben beschnitten oder zugunsten der Feldrandbegradigung ganz verschwunden. Entlang der Ackerränder werden immer wieder Gehölzpflanzen und die für die Artenvielfalt so wichtigen Grünstreifen quasi weggepflügt. Gerade sie sind z.B. auch rund um die geschützten Sölle die Streifen, die Pestizid- und Phosphorüberschwemmungen abpuffern.

Es gibt zahlreiche Vergehen, die Wald, Flur und Gewässern schaden. Ganz unabhängig davon, wer was verursacht oder wem das Land gehört - die Naturschutzbehörden und die Oberförstereien schaffen Abhilfe. Aber wenn sie davon keine Kenntnis bekommen, kann auch nichts beseitigt oder gestoppt werden.

Die augenfälligsten Umweltprobleme verursacht der Müll: Autoreifen, Möbelstücke, Elektroschrott, Farben etc. . Weniger im Blick sind verstreute Zaunstücke und vergessene Zaunrollen. Auch die Reste von Obstschutz- und Plastiknetzen mit und ohne Gammel-Heu-Ballen stellen für Wildtiere tödliche Fallen dar.

## Tödliche Fallen: Zaundraht und Netze

Erst vor kurzem verhedderte sich wieder Damwild in den Netzen. Verzweifelte Versuche sich zu befreien misslangen. Es musste erlegt werden, so die Auskunft der Oberförsterei Boitzenburg. Oft verdursten die Tiere elendig in den Netzen.

Kanzelreste werden auch übersehen. Der neue Hochsitz ist per Anhänger angeliefert. Unbegreiflich, warum die Reste des Alten stehen oder liegen bleiben, dabei holzschutzbehandelt und rostig vernagelt vor sich hin rotten. Der Abbau hat vollständig zu erfolgen.

Schlimm sind die Folgen abgeladenen Grünschnitts. Rasen und Gartenabfälle sind Gift für den Wald. Der Nährstoffeintrag der verfaulenden Gartenabfälle raubt den Lebensraum wichtiger heimischer Pflanzen auf nährstoffarmen Böden. Völlig unterschätzt ist die Folge, dass sich invasive Pflanzen selbst aussäen. Pflanzen, die alles Dagewesene verdrängen. Wenige Vegetationsperioden reichen um z.B. Heidekraut und Silbergras verschwinden zu lassen

## Hecken und Gehölze bleiben außen vor.

Mit falsch eingezäunten Weiden wird sich auch an der Umwelt vergangen. Hecken und Gehölze sind Lebensräume für wichtige Wildtiere, Vogelarten und Pflanzen. Elektrodraht und Pfähle müssen innerhalb der Weide entlanggeführt werden.

Genauso ist das Einleiten in Gewässer und das Zuschieben von Klein-, Fließgewässern und Feuchtgebieten untersagt.

Nicht zuletzt gilt es, die Abdrift von Pestiziden zu stoppen. Bei Windgeschwindigkeiten über 5 m/s ist das Ausbringen von Pestiziden verboten; genauso wie bei Temperaturen über 25 Grad und einer Luftfeuchtigkeit unter 30 Prozent. Über die Luft können Pestizide erwiesenermaßen weite Strecken zurücklegen. Schäden an Nachbarkulturen, Wildpflanzen, Wald, Gewässern, Mensch und Tier sind nachgewiesen. Ackergifte verbreiten sich nach neuesten Studien der Universität Neuenburg (CH) und des Umweltinstituts München wirklich bis in den letzten Winkel.

## ... EINFACH MELDEN

Per Mail oder Brief - Gerne mit Foto, auf dem der Standort und das Geschehen, nachvollziehbar sind. Wenn ein Screenshot oder das Foto, das den Standort auf der Karte zeigt, ergänzt ist, ist es noch besser. Auch ein Anruf ist möglich.

Für die Uckermark sind für Umweltvergehen zuständig:

Landwirtschafts- und Umweltamt  
Karl-Marx-Str. 1  
17291 Prenzlau  
[amt68@uckermark.de](mailto:amt68@uckermark.de)  
Betreff: Umweltvergehen  
Tel. 03984 702868

Landesbetrieb Forst Brandenburg  
Oberförsterei Boitzenburg  
Goethestr. 21  
17268 Boitzenburger Land  
[obf.boitzenburg@lfb.brandenburg.de](mailto:obf.boitzenburg@lfb.brandenburg.de)  
Tel. 039889 213

*Kyra Maralt*



*Im Netz verendeter Damhirsch (Foto: Jägerschaft Rottenburg/Wümmme)*

# Wenn ein Skandal den anderen jagt ...

**Wussten Sie, dass in Deutschland wieder die Geflügelpest umgeht? Bundesweit mussten bislang 1,8 Millionen Tiere getötet werden, allein in Brandenburg 140.000 (Stand 7. April) - deutlich mehr als beim letzten Ausbruch 2016/2017.**

Das Virus ist anscheinend deutlich aggressiver geworden. Es bringt auch nichts, die Tiere dagegen zu impfen, da es zu viele Subtypen gibt, und deshalb ein Schutz durch Impfung nicht gewährleistet ist.

Alleine in Brandenburg gibt es 3.600 Geflügelbetriebe mit insgesamt 10,3 Millionen Tieren. Wie viele wurden getötet, seit dieser Artikel geschrieben wurde? Und wie viele von ihnen werden wegen dieser Seuche noch sterben müssen? Und: hören Sie davon etwas in den Nachrichten? Vielleicht mal ein kurzer Beitrag im Abendprogramm, eine kleine Notiz in der Tageszeitung, das war's dann aber schon. Dabei hätten wir triftige Gründe, uns mit der Thematik zu befassen. Auch Covid 19 ist ein mutierter Virus, der von Tieren auf den Menschen übertragen wurde, und das Friedrich-Loeffler-Institut geht davon aus, dass das bei der Geflügelpest (Erreger H5) ebenfalls möglich ist. Eine Impfung dagegen ist vermutlich auch bei Menschen nicht möglich - wegen der vielen Subtypen.

## **Sind wirklich die Wildvögel schuld?**

Die Vogelgrippe ist eine Erkrankung, die häufig Wildvögel befällt, aber selbstverständlich besteht immer die Gefahr, dass Hausgeflügelbestände infiziert werden. Auffallend dabei ist, dass Großanlagen trotz - angeblich - vorbildlicher Sicherungs- und Hygienemaßnahmen ständig davon betroffen sind. Wenn wir die Fälle in der Uckermark betrachten, die in einem Betrieb in Passow aufgetreten sind, dann ist es doch nicht nachvollziehbar, dass andere Betriebe dieses Betreibers ebenfalls davon betroffen waren, wenn die Sicherheitsmaßnahmen so gut greifen.

Es gibt verschiedene Gründe, warum gerade Hausgeflügel, egal ob Puten, Hühner oder Enten, davon befallen werden. Die Tiere in diesen Anlagen sind zu Tausenden auf viel zu engem Raum eingepfercht, daran ändert auch die sog. Freilandhaltung nichts. Dadurch entsteht Stress und Stress macht anfälliger für Krankheiten. Es werden extra gezüchtete Rassen für solche Anlagen eingesetzt, sie sind genetisch eng verwandt, zum Teil gleich. Vögel gleicher Art in freier Natur differieren genetisch sehr stark und können so Immunitäten gegen Krankheiten entwickeln. Sie stehen auch nicht in so engem Kontakt miteinander, deshalb ist die Ansteckungsgefahr deutlich geringer. Großanlagen dagegen werden z.B. von denselben LKWs angefahren, die den Mist abtransportieren oder Futter bringen. Die Menschen, die dann die Anlagen betreten, können den Erreger aus der vorhergehenden Anlage eintragen. Und zur Schlachtung werden die Tiere abgeholt und teilweise hunderte von Kilometern in die Schlachthöfe gebracht. Wie will man da verhindern, dass Krankheitserreger sich unkontrolliert verbreiten?

**Vernachlässigt, krank, geschunden - welch ein Hygienekonzept!**

Wenn die Hygienekonzepte so gut greifen würden, wie die Betreiber immer behaupten, wie kommt es dann, dass ein Skandal mit kranken, vernachlässigten, geschundenen Tieren den anderen jagt? Der Anblick von Hühner- oder Putenställen mit Tausenden von Tieren, die fast ohne Federn sind, offene Wunden vorweisen, zwischen den Kadavern ihrer toten Artengenossen herumirren, sind uns allen bekannt. Glaubt auch nur ein Mensch, dass da irgendein „Hygiene“konzept funktionieren kann?

Das alles passiert, weil es für viele Menschen wichtiger ist, täglich billiges Fleisch auf dem Teller zu haben, als Fleisch von Tieren, die anständig gehalten und gut behandelt wurden. Denn das ist natürlich teurer. Aber es passiert auch, weil sowohl von der EU als auch von der Bundesregierung diese Art der Tierhaltung unterstützt und subventioniert wird und den Betreibern der Anlagen ihr Profit über das Wohl der Tiere geht. Und das betrifft jede Form der Massentierhaltung, auch wenn „Bio“ oder „Freiland“ dabei steht und die Schachteln mit hübschen Hühnchen im grünen Gras bedruckt sind.

## **Massentierhaltung - Entwaldung - Neue Krankheiten**

Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaftler auf der ganzen Welt vor den Folgen der Massentierhaltung. In einer Studie, die am 24.03.2021 veröffentlicht wurde, haben Wissenschaftler aus Frankreich und Thailand untersucht, wie sich die Entwaldung auf die Ausbreitung von Zoonosen (= von Tieren auf den Menschen übertragene Krankheiten) auswirkt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Entwaldung weltweit gestoppt werden muss, um nicht nur den CO<sup>2</sup>-Ausstoß zu verringern, sondern auch um zu verhindern, dass sich durch das vernichtende Eindringen in die spezifischen Lebensräume der Wildtiere und ihrer Krankheitserreger weitere Krankheiten bei Menschen sowie Haus- und Hoftieren verbreiten können, so wie sich die Vogelgrippe, die Schweinepest und nicht zuletzt Covid 19 verbreitet haben.

Ein „Weiter so“ ist gleichbedeutend mit einer rauschenden Fahrt in den Abgrund. Es dürfen keine Massentierhaltungsanlagen mehr genehmigt werden, nicht in der Uckermark, nicht in Brandenburg, nicht in Deutschland. Es gibt genügend Konzepte für eine umweltverträgliche, klimafreundliche Landwirtschaft, aber wir müssen dafür sorgen, dass diese auch durchgesetzt werden. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist es, zumindest seinen Fleischkonsum zu reduzieren oder ganz einzustellen. Ein weiterer Schritt ist es, unsere Abgeordneten im Kreis-, Land- und Bundestag zu nerven und ihnen auf die Zehen zu steigen, dafür zu sorgen, dass sie offenlegen, mit welchen Lobbyisten sie zusammenarbeiten, auf welchen Gehaltslisten sie stehen und klare Aussagen einzufordern, wie sie unsere (!! ) Interessen durchsetzen. Änderungen und Verbesserungen kommen nie per Dekret, sie werden immer von unten durchgesetzt. Also, gehen wir es an und verhindern ganz konkret in der Uckermark, dass hier weitere Tierfabriken genehmigt und gebaut werden.

*Ute Rott*

# Gas - Aufatmen in den Gegenden um Templin?

Beim Thema Gasbohren in Oberhavel und Uckermark war Schluss mit der Zurückhaltung. Das hat die Menschen auf die Straße getrieben. Nun soll das Aufsuchungsgebiet auf ein Drittel der Fläche verkleinert werden. Wie und wo sich die Fläche reduziert, ist noch nicht bekannt. Die Firma Jasper Resources hat einen entsprechenden Antrag auf Teilaufhebung beim Landes-Bergamt in Cottbus gestellt.

## Taktik um Widerstand zu verringern?

Die „Bürgerinitiative gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee“ nimmt an, dass es sich unter anderem um ein taktisches Vorgehen handeln könnte. Die BI vermutet, dass die Phalanx aus mehreren Städten in zwei Regionen zersplittert werden soll. All die Menschen, vertreten durch die Bürgermeister aus Zehdenick, Templin, Fürstenberg und Gransee haben plötzlich nicht mehr die Macht, sich gemeinsam zu widersetzen. Denn klagen dürfen immer nur die direkt Betroffenen. Es wäre um ein Vielfaches leichter, nur noch eine Gemeinde, z.B. Zehdenick, als Gegner zu haben.

## „Verkleinern“ heißt auf lange Sicht gar nichts

Und die BI warnt: Selbst wenn es laut Auskunft des Bergamtes unrealistisch ist, erlaubt das Bundesberggesetz durchaus, die Fläche wieder zu erweitern. Diese Erweiterung käme zwar der Neuerteilung einer Aufsuchungserlaubnis mit entsprechendem Verfahren gleich. Aber was ist, wenn der Widerstand nicht mehr voll da ist, aber Jasper Resources den Fuß in der Tür hat?

Begründet wird der Antrag auf Verkleinerung mit der Auswertung der DDR-Altdateien, geologischen Daten und mit den Ergebnissen aus den eigenen seismischen Messungen. Diese Ergebnisse wurden bisher gänzlich vorenthalten, obwohl sie längst hätten vorliegen müssen. Die Bürgerinitiative wartet auf den Bescheid des Bergamtes, um zu erfahren, ob hier gültige Daten zugrunde liegen.

*Kyra Maralt*

## Wir trauern

- um 55.000 Schweine, die elend im Feuer in Alt Tellin ums Leben gekommen sind
- die 10.000 Mutterschweine, die ihr Dasein in Kastenständen gefristet haben und weder sich noch ihre Kinder aus der Katastrophe retten konnten
- um die 45.000 Ferkel und Jungschweine, die ganz und gar kein glückliches Leben auf dem Bauernhof erlebt haben und schließlich so grausam ums Leben kamen
- um die 2.000 Überlebenden, die zum ersten Mal in ihrem Leben an der frischen Luft waren und Gras unter ihrem Füßen gespürt haben, um anschließend sofort im Schlachthof oder einer ähnlichen Anlage zu landen.



*Die Vorstufe zur Hölle – Schweinemast*

**Wir trauern um diese Tiere, von denen wir wissen, dass sie fühlende, denkende, intelligente Lebewesen waren, die ein Recht auf ein gutes Schweineleben gehabt hätten, das ihnen von Anfang bis zu ihrem bitteren Ende einzig und allein aus Profitgier verweigert wurde.**